

## ARBEIT FÜR EUROPA – Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Europäischen Union

1. EU-Binnenmarkt braucht wirtschaftspolitische Koordinierung .....	14
2. Steuerwettbewerb bei Kapitalsteuern eindämmen .....	15
3. EZB muss Leitzinsen senken .....	16
4. Reform des Stabilitätspaktes .....	16
5. Der Binnenmarkt braucht einen öffentlichen Sektor .....	17
6. Investitionen in transnationale Infrastruktur forcieren .....	17

Auszug aus WISO 2/2004

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Ewald Nowotny**

**Professor für  
Volkswirtschaftslehre  
der Wirtschafts-  
universität Wien;  
ehem. Vizepräsident  
der Europäischen  
Investitionsbank**

*Probleme bei  
der Lissabon-  
Strategie*

Europa leidet seit über drei Jahren an einem äußerst schwachen Wirtschaftswachstum. Auch der Europäische Rat im März musste feststellen, dass es bei der Erreichung der so genannten Lissabon-Strategie (Europa soll bis 2010 der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum werden), insbesondere bei Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, massive Probleme gibt.

*Spielräume, um  
Wachstum und  
Beschäftigung  
anzukurbeln*

Schlussfolgerungen daraus waren vor allem wieder einmal Appelle, so genannte „Strukturreformen am Arbeitsmarkt“ verstärkt umzusetzen. Dies trifft allerdings nicht den Kern der Probleme. Die Europäische Union bleibt bei ihren neoliberalen Zugängen zur Wirtschaftspolitik und will sich bei der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Fiskalpolitik weiter unnötigen Sachzwängen aussetzen. Dies verhindert aber eine Überwindung der Wirtschaftsflaute. Im Gegenteil, sie wird dadurch sogar verschärft. Es gibt aber durchaus Spielräume, um Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln, die europäische Wirtschaftspolitik muss es nur wollen.

**1. EU-Binnenmarkt braucht wirtschaftspolitische Koordination**

Der EU-Binnenmarkt ist ökonomisch wie politisch ein wesentlicher Teil der europäischen Integration, die als Friedens- wie als Wachstumsprojekt eindeutig positiv zu beurteilen ist. Zentrale Differenzen gibt es allerdings gerade im Bereich des Binnenmarktes hinsichtlich der Rolle des Staates und damit des Kerns eines „europäischen Modells“. Es geht dabei um die Diskussion zwischen neoliberalen Politikwettbewerb einerseits und Wirtschaftskoordination andererseits.

Hier ist eine eigenartige Entwicklung festzustellen: In einer Vielzahl von Gebieten geht die EU-Politik davon aus, dass für das Funktionieren des Binnenmarktes einheitliche Mindeststandards nötig sind, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Das ist ja der Kern des *Acquis communautaire* (gemeinsamen Rechtsbestands), der z. B. im Umweltbereich

die neuen Mitglieder zwingt, aufwändige Umweltnormen zu erfüllen, die weit über das hinausgehen, was sich die bisherigen EU-Mitgliedstaaten geleistet haben, als ihre Einkommen denjenigen der neuen Mitglieder entsprachen. Ebenso gibt es Mindestsätze im Bereich Umsatz- und Verbrauchssteuern.

Im Bereich der Einkommensbesteuerung und speziell der Unternehmensbesteuerung herrscht dagegen uneingeschränkter Steuerwettbewerb. Jahrelange Koordinierungs-, nicht Harmonisierungsbestrebungen haben kaum praktische Ergebnisse gebracht. Im Augenblick sehen wir eher eine Intensivierung des Steuerwettbewerbes. Es ist offensichtlich, dass dieser Steuerwettbewerb zu Gunsten des vergleichsweise mobileren Faktors Kapital und zu Lasten des Faktors Arbeit geht, speziell der kleineren und mittleren Einkommen.

*uneingeschränkter  
Steuerwettbewerb*

## **2. Steuerwettbewerb bei Kapitalsteuern eindämmen**

Mittel- und langfristig ist die Zukunft des Sozialstaates und des europäischen Wirtschaftsmodells mit der Erhaltung einer entsprechenden Steuerbasis und einer Begrenzung zumindest des EU-internen Steuerwettbewerbs verknüpft. Für die wirtschaftliche Entwicklung notwendige öffentliche Ausgaben für Infrastruktur, Bildung, Forschung & Entwicklung würden nicht in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen. Es war ein schwerer Fehler, die Weiterentwicklung des Binnenmarktes im Bereich des Kapitalverkehrs zuzulassen (was z. B. Interesse der Londoner City war), ohne dies unmittelbar mit einer wirkungsvollen Steuerkoordinierung im Sinn einer Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen und von Mindeststeuersätzen zu verknüpfen. Für die EU gilt damit de facto ein wesentlich wirtschaftsliberaleres Modell als für die USA, wo Einkommensbesteuerung und Unternehmensbesteuerung überwiegend bundeseinheitlich geregelt sind. Man muss sich darüber klar sein, dass eine der erfolgreichsten neoliberalen Strategien die ist, die schon Milton Friedmann propagiert hat: unter welchen Begründungen auch immer für Steuersenkun-

*liberaleres  
Modell als USA*

gen eintreten. Aus dem dadurch entstehenden höheren Defizit ergibt sich dann der Zwang zur Senkung der Staatsausgaben, speziell im Sozialbereich.

### 3. EZB muss Leitzinsen senken

*Preisstabilität  
alleiniges Ziel*

Der steigende Wechselkurs des Euro konterkariert zunehmend den zarten Wirtschaftsaufschwung in der Eurozone. Um dem entgegenzuwirken und um die Investitionstätigkeit zu fördern, muss die EZB die bestehenden Spielräume zur Senkung der Leitzinsen nutzen. Die Politik der EZB konzentriert sich alleine auf das Ziel der Preisstabilität und dies auch noch in Zeiten, in denen keinerlei Inflationsgefahr droht. Es ist notwendig, Stabilität umfassender zu definieren und auch die Entwicklung des Wirtschaftswachstums bei der Festlegung der Leitzinsen zu berücksichtigen. Dass eine wachstumsfördernde Zinspolitik ohne Inflationsgefahr möglich ist, zeigt: seit über einem Jahrzehnt die US-Notenbank.

### 4. Reform des Stabilitätspaktes

*mehr Flexibilität*

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss in Richtung mehr Flexibilität für die Budgetpolitik der Mitgliedstaaten reformiert werden. Durch die Vorgaben des Paktes und die zusätzlich rigide Interpretation durch die EU-Kommission – die Budgetdefizite müssten auch in Zeiten von Wirtschaftsflauten reduziert werden – wird prozyklisches, das heißt Wirtschaftskrisen verschärfendes Verhalten verlangt. In der jüngsten Diskussion um den Stabilitätspakt hat die EU-Kommission gezeigt, dass sie aus falsch verstandener Prinzipientreue bereit ist, eine massive Gefährdung nicht nur der deutschen und französischen, sondern der gesamteuropäischen Konjunktur-entwicklung in Kauf zu nehmen. Für die wirtschaftliche Entwicklung wichtige Budgetausgaben – wie für Investitionen – sollen in einem reformierten Pakt entsprechend berücksichtigt werden. Damit soll klarerweise nicht einer exzessiven Verschuldung das Wort geredet werden. Ein hoch verschuldeter Staat ist immer ein schwacher Staat, dessen Ausgaben-

struktur zu einem erheblichen Teil durch Zahlungen für den Schuldendienst fixiert ist. Über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg sollte daher auf ausgeglichene Budgets abgestellt werden.

*über Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichenes Budget*

### **5. Der Binnenmarkt braucht einen öffentlichen Sektor**

In der EU-Kommission gibt es – unter dem Einfluss gut organisierter Lobbys gemäß dem Wettbewerbsaspekt eine Tendenz, die Rolle des öffentlichen Sektors im Bereich der Wirtschaft systematisch zu reduzieren. Öffentliche Unternehmen sind aber wichtige Instrumente der Wirtschaftspolitik. Große Skepsis ist daher gegenüber weitgehenden Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich angebracht, die, wie im gescheiterten GATS vorgesehen, auch öffentliche und kommunale Dienstleistungen umfassen.

Durch ihre Marktfixierung hat sich inzwischen die EU-Kommission in einen Zustand der Selbstfesselung gebracht, die ihre wirtschaftspolitischen Möglichkeiten wesentlich stärker einschränkt, als dies etwa in den USA der Fall ist. So wäre etwa das erfolgreichste Beispiel europäischer Industriepolitik, der Airbus, unter den heutigen ideologischen Beschränkungen der EU-Kommission nicht mehr möglich. Analog wird das GPS-System in den USA staatlich, nämlich vom Militär, betrieben, während man für das europäische Gegenstück Galileo mühsam Public-Private-Partnership-(PPP-)Lösungen sucht. Auch bei den Transeuropäischen Netzen wird auf PPPs verwiesen, während die USA ein erfolgreiches System von Interstate-Highways haben.

*Zustand der Selbstfesselung*

### **6. Investitionen in transnationale Infrastruktur forcieren**

Für den Ausbau der Transeuropäischen Netze sollten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Durch den Bau von grenzüberschreitenden Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen würden sofort Arbeitsplätze geschaffen, mittelfristig die Standortqualität zur Sicherung der Beschäftigung

*sofort Arbeitsplätze*

verbessert und zusätzlich im Verkehr umweltpolitisch sinnvolle Akzente gesetzt werden. Entgegen neoliberalen Vorstellungen – ist es durchaus sinnvoll, produktivitäts- und standortverbessernde Infrastrukturinvestitionen mittels Kreditaufnahme zu finanzieren.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)